

// Presseinformation //

Zum Schuljahresbeginn auch an die Belastung der Lehrkräfte denken

Die GEW erkennt an, dass bei der Unterrichtsversorgung leichte Verbesserungen erkennbar sind. Die vom Land zusätzlich bereitgestellten Stellen sind ein Beitrag zu einer besseren Versorgung der Schulen mit dringend benötigten Fachkräften. Dies eröffnet vielen jungen Lehrkräften eine Zukunftsperspektive. Aus Sicht der GEW reichen die Maßnahmen jedoch nicht aus.

„Nach wie vor gibt es einen schwer zu deckenden Fachkräftemangel im Bereich spezieller Fächer an Berufsbildenden Schulen als auch an Allgemeinbildenden Schulen“, so Klaus-Peter Hammer, Landesvorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz. „Es wäre gut, in der Studienberatung noch viel deutlicher auf die Mangelfächer hinzuweisen. Schließlich bekommen Studierende so eine Einstellungsperspektive und Schulen dringend notwendiges Fachpersonal.“

„Es war ein richtiges und wichtiges Signal der Landesregierung“, so Hammer, „dass der von Klemm vorgegebene Stellenabbau nicht weiter verfolgt wird. So können die Schulen durch eine bessere Personaldecke ihren gesellschaftlichen Aufgaben eher gerecht werden.“

Regional fehlten jedoch immer noch Förderschullehrkräfte, die zur Umsetzung der Inklusion notwendig sind. Der Mangel könne nur durch spezielle Maßnahmen, wie z. B. gezielte Qualifizierungsangebote für Vertretungslehrkräfte anderer Schularten gemindert werden.

Eine bessere Versorgung der Schulen sei insbesondere auch im Hinblick auf die Integration und Förderung von bei uns eingewanderten Menschen unabdingbar. Hammer: „Die Politiker, die nach wie vor den Bildungsbereich als Sparschwein nutzen wollen, erkennen nicht den Ernst der Lage, in der sich die Schulen derzeit befinden. Die Kolleginnen und Kollegen stehen mit dem Rücken zur Wand und geben jeden Tag ihr Bestes. Ohne ausreichende Unterstützung ist das aber nicht genug.“

Zu Beginn dieses Schuljahres werde besonders deutlich, wie umfangreich die Aufgabenfelder und wie hoch die stetig zunehmende Belastung von Lehrkräften sowie Pädagogischen Fachkräften sind. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, an Verbesserungen zu arbeiten, welche die hohe Belastung der Lehrkräfte im Blick haben. Dazu gehöre beispielsweise die Senkung der Klassenmesszahl ab der Klassenstufe sieben. Ebenso die Senkung der Klassenmesszahl an Berufsbildenden Schulen. „Und“, so der Landesvorsitzende, „wer die Lebensarbeitszeit verlängert, muss dafür Sorge tragen, dass die Arbeit von älter werdenden Kolleginnen und Kollegen auch geleistet werden kann. Ansonsten droht uns ein zunehmend hoher Krankenstand. Neben der Weiterführung der Altersteilzeit muss nach Ansicht der GEW dringend an die Ausweitung der Altersermäßigung gedacht werden. Der Öffentliche Dienst hinkt in Fragen von lebensphasenbezogenen Arbeitszeitmodellen hinter her, wie sie zum Teil schon in der Industrie Anwendung finden.“ Die GEW appelliert dringend an die Landespolitiker, mit den Gewerkschaften Gespräche zu führen, um die Entwicklung solcher Modelle für den öffentlichen Dienst zu erarbeiten „Die Schulen in Rheinland-Pfalz brauchen auch in Zukunft motivierte und leistungsstarke Lehrkräfte, die ihrer Bildungsaufgabe gerecht werden können“, so Hammer. „Dafür müssen wir aber auch etwas tun.“

Bezüglich der Einstellungen von Vertretungslehrkräften habe es kurz vor Schuljahresbeginn erhebliche Irritationen gegeben. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) beabsichtigte tarifliche Eingruppierungsmodalitäten zu Ungunsten der Lehrkräfte zu ändern. „Das beherzte und schnelle Handeln der GEW-Personalräte an der ADD sowie politische Gespräche der GEW auf höchster Ebene haben in der letzten Minute dafür gesorgt, dass mehr als über 200 dringend benötigte Vertretungslehrkräfte heute rechtzeitig ihren Dienst beginnen können“, so Hammer abschließend. „Ein größerer Unterrichtsausfall konnte so verhindert werden.“

Mainz, 07.09.2015